

Gegenwind für den 80-Millionen-Deal

Basler SVP will Referendum gegen Finanzspritze fürs Baselbiet prüfen – Baselbieter SVP kündigt Widerstand an

Von Jonas Hoskyn

Basel/Liestal. Die Vereinbarung, dass der Kanton Basel-Stadt dem Baselbiet in den nächsten vier Jahren mit total 80 Millionen Franken unter die Arme greift, damit im Gegenzug der Universitätsvertrag und die Kultursubventionen weiterlaufen, sorgt in beiden Kantonen für Stirnrunzeln bis hin zu offener Unzufriedenheit. Zuvorderst auf den Barrikaden stehen die beiden Kantonalparteien der SVP.

Der Basler Präsident Sebastian Frehner spricht von einem Ablasshandel. «Einmal mehr wird der basel-städtische Steuerzahler genötigt, für das Baselbiet einzuspringen.» Zumal bereits heute ein grosses Ungleichgewicht bei der Verteilung der Beiträge an gemeinsame Institutionen bestehe. «Basel gibt jedes Mal klein bei», sagt Frehner. Brisant: Die Basler SVP will das Referendum gegen die Finanzspritze prüfen. Dies würde wohl bedeuten, dass als Folge davon die Baselbieter Regierung den

Universitäts- und den Kulturvertrag kündigen würde. Andernfalls droht sie am Ende als Verliererin dazustehen.

«Zähneknirschend durchwinken»

Auch die Baselbieter SVP kündigt Widerstand an. Besonders stört sie sich an den Zusagen, welche die Baselbieter Regierung im Gegenzug zur Finanzspritze gemacht hat. «Für eine Zahlung von 20 Millionen Franken mit Almosencharakter hat die Regierung einen Blankoscheck unterzeichnet», schreibt die Partei. Sie werde prüfen, ob eine derart weitgehende Vereinbarung nicht den Charakter eines Staatsvertrags hat und entsprechend dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen sei. «Die Regierung will den Beschluss des Landrats zur Neuverhandlung der Verträge nicht umsetzen», sagt SVP-Präsident Oskar Kämpfer. Es sei dabei nicht nur um Sparmassnahmen, sondern auch um strukturelle Änderungen gegangen.

Abgesehen von der SVP dürften aber alle anderen Parteien der Vereinbarung

zustimmen, wenn auch mit mässiger Begeisterung: «Wir haben uns erpressen lassen», sagt der Basler FDP-Grossrat Luca Urgese. Die Regierung habe sich teuer Zeit erkaufte, um weiter verhandeln zu können. Es wäre aber unverantwortlich, die Uni und eine Reihe Kulturinstitutionen aufs Spiel zu setzen. Auch LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein will die Vereinbarung «zähneknirschend» und «unter dem Begriff Standort stärken» durchwinken. Die Kantone seien einen Schritt aufeinander zugegangen, und auch die Basler hätten eine Reihe Zugeständnisse erreicht.

Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rats, sagt: «Es ist eine Investition in die Zukunft des Standorts. Jede andere Variante wäre teurer geworden.» Nun habe man Planungssicherheit und Ruhe, so der CVP-Grossrat. Auch sei es ein konstruktives Signal an den Nachbarkanton. «Wir können uns das momentan leisten und sollten über unseren Schatten springen.»

Kritische Stimmen sind auch aus der linken Ecke zu vernehmen. Die Parteispitze der SP griff in einer Mitteilung die Finanzpolitik der bürgerlichen Regierung im Baselbiet an, welche die prekäre Lage erst verursacht habe. Entsprechend sei das Abkommen «eine bittere Pille». Der wichtigste Punkt sei, dass mit der Abmachung Zeit für neue und tragfähige Abmachungen gewonnen werden konnte, sagt SP-Grossrat Martin Lühinger. Allerdings dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Basel-Stadt springt, sobald die Baselbieter laut genug schreien. «Unter dem Strich kann man so aber die Unterstützung für die Universität und die Kulturinstitutionen sichern. Mit den an die Zahlungen geknüpften Bedingungen resultiert für die Region Basel ein Mehrwert.»

«Tolles Zeichen der Regierungen»

Im Baselbiet überwiegen die positiven Reaktionen auf das Abkommen der Regierungen: Die Baselbieter SP bedankte sich in einer Mitteilung beim

Kanton Basel-Stadt. Nun sei das Baselbiet erst recht zu einer konstruktiven Dankbarkeit verpflichtet. Die Grünen verschickten kurz nach Bekanntmachung des Deals eine gemeinsame Medienmitteilung. Sie bedauern, dass die Vereinbarung nicht mehr Bereiche umfasse, welche beide Kantone betreffen. Insbesondere bei den Kosten für den Strassenbau müsse die Baselbieter Regierung nun über die Bücher.

Auch der Baselbieter FDP-Fraktionspräsident Rolf Richterich zeigte sich positiv überrascht: «Es ist ein tolles Zeichen, dass die Regierungen rechtzeitig eine Lösung gefunden haben und der Uni-Vertrag nicht gekündigt werden muss.» Nun könne man in Ruhe eine gute Lösung finden.

CVP-Präsident Marc Scherrer sagt: «Ich glaube, die Baselbieter Regierung hat das Maximum herausgeholt.» Die Millionen aus der Stadt seien aber nicht einfach ein Geschenk. «Beide Kantone wollen die gemeinsame Trägerschaft aufrechterhalten.»